Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 230. **Halle a. S., Sonnabend, den 18. Mai.** **1912.**

Mb. Deutscher Reichstag.

64. Sitzung, Freitag, den 17. Mai.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann Hollweg, Dr. Lisco.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Kurze Anfragen.

1. Anfrage Colshorn: Ist dem Herrn Reichskanzler der authentische Wortlaut der Kundgebung Sr. Majestät des deutschen Kaisers, Königs von Preußen vom 13. Mai d. J. an den Bürgermeister von Straßburg i. E. Dr. Schwander bekannt, welche eine eventuelle Aufhebung der elsaß-lothringischen Verfassung und eventuelle Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen zum Gegenstand gehabt haben soll? — Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, dem Reichstage den authentischen Wortlaut dieser kaiserlichen Kundgebung bekannt zu geben und übernimmt der Herr Reichskanzler die verfassungsmäßige Verantwortung für dieselbe?

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Ich werde zu der Angelegenheit bei der unmittelbar bevorstehenden Beratung meines Etats sprechen. (Heiterkeit.)

2. Anfrage Dr. Quarck-Frankfurt: Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob nach dem Vorgang von Frankreich nunmehr auch der Abschluß einer Literatur-Konvention zwischen Deutschland und Rußland auf Grund des Artikels 85 des russischen Urheberrechtsgesetzes vom 20. März (2. April) 1911 zu erwarten steht?

Geheimer Legationsrat Lehmann:

Zum Abschluß einer Literaturkonvention zwischen Deutschland und Rußland nach Maßgabe des Artikels 85 des russischen Urheberrechtsgesetzes vom 20. März (2. April) 1911 sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange.

Der Etat des Reichskanzlers.

Präsident Dr. Kaempf

teilt mit, daß zunächst beim Etat des Reichskanzlers über die innere Politik und dann beim Etat des Auswärtigen Amts über die Auswärtige Politik gesprochen werden wird, und stellt fest, daß das Haus damit einverstanden ist.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Undank ist der Welt Lohn, namentlich in der Politik kennt man Dankbarkeit nicht. Eigentlich müßten wir dem Reichskanzler, unter dessen Regime wir 4¼ Millionen Stimmen erhalten und in einer Stärke von 110 Mann in den Reichstag eingezogen sind, eine Art zärtliches Empfinden entgegenbringen. Das wäre allerdings der Fall, wenn wir nicht wüßten, daß die Ergebnisse seiner Politik genau das Gegenteil von dem waren, was er erreichen wollte. Der 12. Januar war ein sehr kritischer Tag für den Reichskanzler, aber der Medina Sidonia hat auch einen gnädigen Philipp gefunden. (Heiterkeit.) Doch die Wolken haben sich wieder verzogen und die ewig strahlende Sonne von Korfu verteilt sich. Mit großem Vergnügen haben wir in der „Nordd. Allg. Zeitung" gelesen, daß auf der heiteren Insel des Odysseus mit Liebe und Sorgsamkeit für den Reichskanzler eine passende Schlafgelegenheit hergerichtet worden sei. (Heiterkeit.)

Ich glaube, wenn es sich bei der Bewilligung des Gehaltes um eine wirkliche Vertrauenskundgebung für den Reichskanzler handeln würde — keine Partei würde ihr rückhaltloses Vertrauen aussprechen. Aber vielleicht erkennt der Reichskanzler gerade darin, daß er auf dem richtigen Wege ist. Denn die Kunst, es keinem recht zu machen, ist nach der Theorie des Reichskanzlers der Inbegriff der höchsten Staatskunst. Jetzt fangen auch schon die nachgeordneten Stellen an, aufsässig zu werden. Wir haben Dernburg, Lindequist und Wermuth sehen gehen und haben gehört, wie ironisch veranlagte Menschen sagten, daß die starke Persönlichkeit des Reichskanzlers selbständige Individualitäten in ihrer Nähe nicht vertrage. (Gelächter links.) In den Reichskanzlernekrologen, die vielleicht sehr bald geschrieben werden müssen, wird man ihm zugute halten, daß es nicht leicht ist, in einer Zeit des Ueberganges eine zielsichere und klare Politik zu machen. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß wir in einer solchen Zeit des Ueberganges leben. Und Herr v. Bethmann hat die undankbare Aufgabe, Wankendes zu stützen und Leichen einzureden, daß noch Leben in ihnen ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Zum Untergang reif ist das System des persönlichen Regiments, das im Widerspruch zu den Empfindungen und Wünschen des ganzen Volkes steht. (Sehr richtig! links.) Das Volk erwartet von diesem Haus, daß es sich eine seiner Bedeutung entsprechende Machtstellung sichert und nötigenfalls erkämpft. Aufhören muß die Ohnmacht dieses Hauses. Es darf sich nicht mehr durch konsequenzlose Resolutionen erniedrigen, sonst müssen sie entschlosseneren Männern Platz machen, die nicht nachlassen, nach der Richtung der Republik China Preußen-Deutschland zu einem modernen Staatswesen zu gestalten. (Sehr richtig! links. Gelächter rechts.) Noch an einer zweiten Stelle ist das herrschende System morsch, auf dem Gebiet der Reichsfinanzpolitik. Sie (nach rechts) sind am Ende Ihres Lateins angekommen. 1906 eine Finanzreform und so alle drei Jahre bis heute. Nach den Wahlen haben Sie nicht den Mut, mit neuen indirekten Steuern zu kommen, selbst zahlen wollen Sie auch nicht. Deshalb haben Sie Wermuth über den Stock springen lassen. In verschlossenen Konventikeln wurde eine verschleierte Erhöhung zustande gebracht.

Und dann hat man den Mut, das Volk zu belügen, indem man behauptet, es handelt sich um eine Abschaffung der Liebesgabe. (Präs. Dr. Kaempf: Meinen Sie jemand im Hause?) — Nein, nein! (Gelächter.) Ich sage so ausdrücklich „nein". Die Geschichte wird den Reichskanzler bezeichnen als den Mann, der die preußische Wahlreform vereitelt hat. Wir haben das Wort gehört von der Entwicklung, die nicht still steht, von den Aufgaben, nach denen das Volk sich sehnt. Wir haben in der Thronrede auch das Wort von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart gehört, ein Wort, das noch der Erfüllung harrt. (Hört! Hört! bei den Soz.) Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie sehr es verübelt wird, wenn man an Versprechungen erinnert, die nicht gehalten werden (Lachen), aber auch, die schärfste Verurteilung ist nicht so schlimm, wie das unkennzeichnete Verhalten selbst. (Beifall bei den Soz.) Es besteht eine Ehrenschuld, die bisher nicht eingelöst worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Reichskanzler hat sich als ein sehr wenig einsichtsvoller Staatsmann gezeigt und auch als ein viel weniger guter Diener der Krone, als er möchte. So weit sind wir heute, daß das Volk nichts mehr auf Versprechungen gibt, nichts mehr von oben erwartet, sondern alles auf seine eigene Kraft und Entschlossenheit setzt. Es gibt in keiner Partei einen verständigen Menschen, der sich einbildet, daß die jetzigen Zustände aufrecht erhalten werden können. Mit dieser Politik treiben Sie ein frevelhaftes Spiel, fordern Ihr Schicksal geradezu heraus. Einen typischen Fall haben wir jetzt in Elsaß-Lothringen. Die Denunziation der reinisch-westfälischen Konkurrenz, der Einlauf geheimer Schnüffelberichte eines ergellenten Spitzels veranlaßt die preußische Eisenbahnverwaltung, der Gravenstadener Maschinenfabrik die Aufträge zu entziehen, wenn sie nicht einen angeblich deutschfeindlichen Direktor auf die Straße setzt. Auf dem Rücken von 2000 Arbeitern, deren Kompottschüssel nicht voll ist (Hört! Hört! bei den Soz.) spielt sich der schäbige Kleinkrieg ab. Unterstaatssekretär Mandel, der über den Kopf des Statthalters und der sonstigen übergeordneten Behörden seine Nachforschungen angestellt hat, wird mit dem Exzellenztitel ausgezeichnet. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Außerdem sind Aeußerungen des Kaisers bekannt geworden, in denen davon die Rede ist, daß die elsaß-lothringische Verfassung in Scherben geschlagen wird (Stürmisches Hört, hört! und Gelächter b. d. Soz.), und daß das Land in Preußen einverleibt werden soll. (Gelächter b. d. Soz.) Wir begrüßen das als ein schwerwiegendes Geständnis, daß von kompetenter Stelle aus die Einverleibung in Preußen angedroht wird, als die schwerste Strafe (Gelächter) für ein Volk wegen Widerspenstigkeit (Gelächter). Eine Strafe gleich dem Zuchthaus mit Verlust der bürgerlichen Ehre, nämlich der Einverleibung in Preußen. (Sehr wahr! b. d. Soz., Pfui rufe rechts; großer Lärm.) Der Redner ruft zur Rechten herüber: Herr Graf Westarp, Sie dürfen froh sein, daß Sie nicht im Preußischen Abgeordnetenhause sitzen und kein Sozialdemokrat sind. (Große Heiterkeit.) Mit der Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, in die untere Klasse der deutschen Reichszugehörigkeit, ins Preußenland — (Die folgenden Worte gehen unter in dem ungeheuren Tumult.) Ein großer Teil der Abgeordneten ist von den Plätzen aufgesprungen, bricht in Pfui rufe aus, die sich gegenüber der lärmenden Beifallskundgebung der Sozialdemokraten immer von neuem wiederholen. Abg. Scheidemann winkt mit dem Arm höhnisch ab. Von rechts wird gerufen: Wo bleiben die Ordnungsrufe?

Präsident Dr. Kaempf:

Herr Scheidemann, Sie zwingen mich dazu, Sie zur Ordnung zu rufen. (Zurufe rechts: Das war die höchste Zeit!)

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erhebt sich, winkt den anderen Regierungsvertretern und verläßt mit ihnen den Saal, die süddeutschen Bundesbevollmächtigten folgen. Am Bundesratstische bleibt nur der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Richter, über Akten gebeugt, sitzen. Auch ein Teil der Rechten verläßt den Saal. Von den Sozialdemokraten wird ihnen nachgerufen: Raus, raus!

Abg. Scheidemann (Soz.):

Nach dem Auszug der hohen Herren werden Sie sich vielleicht wieder beruhigen.

Präsident Dr. Kaempf:

Ich werde den stenographischen Bericht über die Aeußerungen des Abg. Scheidemann abwarten und werde mir vorbehalten, wenn er mir vorliegt, Herrn Scheidemann zur Ordnung zu rufen. (Die Sozialdemokraten brechen in lärmende Rufe aus, die Konservativen lassen sich zum Teil wieder auf ihren Plätzen nieder.)

Abg. Scheidemann

Ein Faktor unserer Reichsgesetzgebung kündigt aus eigener Machtvollkommenheit Maßregelungen an, ohne zu fragen, ob die berufenen Stellen, Reichstag und Bundesrat, ohne die die Sache nicht zu machen ist, mit der Ausführung dieser Drohung einverstanden sind. Ich bin sicher, nicht desavouiert zu werden, wenn ich erkläre, zur Beruhigung der durch die unverantwortliche Aeußerung tiefverletzten Bevölkerung, daß der Reichstag das, was da angedroht ist, nicht mitmachen wird (Beifall links). Ob diese Aeußerung bei den Vertretern der süddeutschen Bundesstaaten große Begeisterung hervorgerufen hat, weiß ich nicht; aber ich wünsche, daß einer der Herren, die sich dem Exodus angeschlossen haben, nachher im Laufe der Debatte sagen wird, was sie zu sagen haben. Ich stelle nur fest, daß die Presse keiner Partei, keines Bundesstaats sich einverstanden erklärt hat mit dem, was der Kaiser in Elsaß-Lothringen gesagt hat. Die Deutsche Tageszeitung — der Mann ist ja auch hinausgegangen (Unruhe, Ruf: Der Mann?) — Die Deutsche Tageszeitung fand das Wort des Kaisers so ungeheuerlich, daß sie schrieb: Das sind Aeußerungen, die sich der Gewährsmann des deutschfeindlichen Blattes aus den Fingern gesogen hat. (Hört! hört!) Also Ihre Entrüstung von vorhin war deplaciert (Unruhe). Elsaß-Lothringen ist aufgescheucht, aufgeschreckt worden, aber was viel schlimmer ist, das ist, daß man die nationalistische Gesinnung aufgepeitscht hat (Sehr richtig! links). Es handelt sich wieder um eines jener umgekehrten Meisterstücke der Diplomatie. Die Politik ist doch ein schwereres Handwerk, als manche glauben.

Bei den Debatten der Novembertage 1908 hat der Abg. Bassermann erklärt: Wir revidieren unsere monarchischen Gefühle nicht, aber weite Kreise finden in solchen Vorgängen den willkommenen Anlaß, gegen die Monarchie vorzugehen. Was würde Bassermann, der inzwischen zum Petroleur von Mannheim avanciert ist (Große Heiterkeit) — —

Präsident Dr. Kaempf:

Sie dürfen einen Abgeordneten nicht Petroleur nennen. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Scheidemann:

Es ist ganz selbstverständlich, daß der Herr Präsident, den ich sehr hoch schätze, mich nicht zur Ordnung gerufen hätte, wenn er gewußt hätte, daß dieses Wort nicht von mir stammt, sondern aus einer konservativen Zeitung. (Große Heiterkeit.) Der Vorgänger des gegenwärtigen Reichskanzlers (Abg. Dr. Südekum: Der Vorausgängerl) hat seinerzeit in einer Unterredung mit dem Kaiser die Ueberzeugung gewonnen, daß der Monarch jene Zurückhaltung beobachten werde, die im Interesse einer einheitlichen Politik und der Autorität der Krone gleich unentbehrlich ist. Ich frage den Herrn Reichskanzler oder — da er hinausgegangen ist — seinen leeren Stuhl, was er auf die jetzigen Vorgänge zu antworten gedenkt. Ich weiß im vorhinein, daß es ihm nicht leicht sein wird, eine passende Antwort zu finden.

In der „Post" vom 8. Mai war wirklich zu lesen, was der Kaiser etwa acht Tage später in Straßburg gesagt hat. (Hört! Hört! links.) In der „Post" hieß es damals: „Die einzige Möglichkeit bleibt ein rasches Handeln, Aufhebung der Verfassung und Einverleibung des widerspenstigen Landes in den Macht- und Machtbereich des preußischen Staates. (Hört! Hört! links. Abg. Lebebour ruft: Welcher Postesel mag das geschrieben haben! Lachen bei den Soz., Lärm.) Man ersieht daraus, wie unbereckftigt die Entrüstung der Rechten ist. Am 8. Mai verlangt die „Post" die Einverleibung Elsaß-Lothringens, hält der intelligenteste Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Zedlitz, eine Rede, in der er dem Reichskanzler alle möglichen Schmeicheleien sagt und dann fortfährt: er ist unser Parteigenosse. Also der Herr Reichskanzler ein Parteigenosse der Herren von der „Post", die wenige Tage vor der Kaiserrede das proklamierte, was der Kaiser in Straßburg gesagt hat. Solchen Zuständen wollen wir ein Ende machen durch Verstärkung des Parlaments und der Eroberung des freien Wahlrechts für Preußen. Wir wollen nicht, daß Preußen länger das deutsche Sibirien bleibt. (Großer Lärm rechts. Beifall links.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich rufe Sie wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.

Abg. Scheidemann:

Selbstverständlich halte ich den Ordnungsruf für unberechtigt und werde Beschwerde führen. (Lärmende Zustimmung der Soz. Unruhe.) Es darf nicht heißen, in Elsaß-Lothringen zurück, sondern in Preußen vorwärts! (Beifall bei den Soz.) Die stürmischen Auftritte, die sich im Abgeordnetenhause im Laufe der letzten Jahre abgespielt haben und ihren Höhepunkt in dem Eindringen der Polizei in den Parlamentssaal gefunden haben, sind nichts als äußere Erscheinungen eines zerrütteten, vollkommen unhaltbaren und unerträglichen Zustandes.

Präsident Dr. Kaempf

macht den Redner darauf aufmerksam, daß er zum Etat des Reichskanzlers sprechen solle. (Zustimmung rechts.)

Abg. Scheidemann:

Ich muß mich verwundern über eine solche Geschäftsführung. Solange, wie der deutsche Reichstag steht, ist das nicht vorgekommen, was im preußischen Landtag selbstverständlich ist. Die Entwicklung steht aber nicht still. Der Reichskanzler hat ein Dutzend mal über den Zustand der Wahlreform in Preußen gesprochen, und heute, wo wir hier unangenehme Dinge vorbringen, sind die Herren nicht hier. Wir wollen den Reichstag nicht zum preußischen Abgeordnetenhause machen. (Lärm rechts, Zustimmung bei den Soz.) Es ist kennzeichnend für Preußen, daß in dem dortigen Parlament diejenigen, die keine Volksvertreter sind, die wirklichen Volksvertreter durch die Polizei mit Gewalt herausschleppen lassen. (Beifall bei den Soz.) Das war eine symbolische Handlung des Dreiklassenparlaments. Das ist Preußen wie es leibt und lebt, von dem ein Zentrumsabgeordneter sagte, man müsse sich schämen, ein Preuße zu sein. (Sehr richtig! bei den Soz. Großer Lärm rechts.)

Präsident Dr. Kaempf:

Ich rufe Sie zur Ordnung für das Wort: Es ist eine Schmach, ein Preuße zu sein. (Großer Lärm bei den Soz.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Es war ein symbolischer Akt des preußischen Landtages, wie er paßt für ein Parlament, das jeden Rechtsboden unter den Füßen verloren hat, das alle Mittel anwendet, seine Macht aufrechtzuerhalten, selbst durch das Almosen der Polizei. Die Urheber jenes Streiches werden sich wundern über die ungeahnte Wirkung ihrer Handlungsweise. Das war ein Signalschuß, der durch die deutschen Lande gellt und diejenigen aufrüttelt, die bisher noch geschlafen haben. Wie ist das in Einklang zu bringen mit den §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches, das Zuchthaus androht demjenigen, der einen Abgeordneten an der Ausübung seines Mandats gewaltsam hindert? Wie kommen die Leute dazu, durch eine Bestimmung der Geschäftsordnung das Reichsgesetz zu verändern? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wer sind diese Leute, woher nehmen sie sich das Recht, Parlament zu spielen? Auf Grund welchen Gesetzes sind jene Leute überhaupt in jenem Hause? Ueberhaupt nicht auf Grund eines Gesetzes, sondern auf Grund einer Verordnung, die vor 63 Jahren unter Bruch eines königlichen Wortes gemacht worden ist. (Großer Tumult, Pfui-Rufe, stürmischer Beifall der Soz.)

Präsident Dr. Kaempf:

Herr Abgeordneter Scheidemann, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Scheidemann:

Der Präsident war nicht genötigt, so vorzugehen. Wir sind im Reichstage 110 Sozialdemokraten, will jemand die Dreistigkeit haben, zu sagen, daß hier eine sachliche Verhandlung unmöglich ist? In 19 Bundesstaaten sitzen 188 sozialdemokratische Abgeordnete — hat sich dort etwas abgespielt wie im Landtage? In den Stadt- und Gemeindevertretungen sitzen 9000 Sozialdemokraten — ist hier etwas vorgekommen wie dort drüben? Was sich dort abgespielt hat, ist nur erklärlich auf dem Boden des Abgeordnetenhauses. (Stürmischer Beifall bei den Soz., große Unruhe.) Wie hat sich Borchardt verhalten? (Lärm rechts: Gehört nicht hierher!) Der Redner schildert ausführlich den Hergang im preußischen Abgeordnetenhause. Wo macht man nicht Zwischenrufe? Wenn die Linke mehr Zwischenrufe macht als die Rechte, dann kommt es daher, daß auf seiten der Linken mehr Witz und Verstand ist als auf der Rechten. (Schallendes Gelächter rechts, Beifall bei den Soz.) Dem ganzen Vorgehen setzt die Krone auf, daß gegen die Abgeordneten ein Prozeß wegen Hausfriedensbruch und Widerstandes eingeleitet worden ist. Wir wollen selbst die Immunität des Präsidenten Erffa schützen. Aber die reaktionären Parteien, die durch ihre wahnwitzige Gewaltpolitik ihre verfallene Macht erhalten wollen, treiben die Dinge auf die Spitze. (Nach rechts.) Sie sind gewarnt. (Gelächter rechts.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120518019/fragment/page=0001

Sperren Sie sich nicht gegen die Entwicklung, geben Sie dem Volke die Rechte, die ihm zustehen und die es stürmisch verlangt. Die größte Schuld des Reichskanzlers ist, daß er die Nichtachtung des Volkes durch seine Reden hier und anderswo fördert. Er setzt seine Theorien von der Nichtachtung des Volkes in die Tat um. Deshalb haben wir kein Vertrauen zu ihm und zu dem System, das er verantwortlich vertritt. Wir werden nicht aufhören im schärfsten Kampf gegen seine Politik, bis das Volk Achtung und Recht findet. Der Reichskanzler hüllt sich gegenüber dem Volke in verächtliches Schweigen, und er ist doch sonst ein unbedingter, ja fanatischer Anhänger der großen Zahlen, wenn es sich nicht um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, sondern um die Zahl der Soldaten und Gewehre handelt (Sehr richtig! b. d. Soz.), die den herrschenden Klassen zur Verfügung gestellt werden sollen. Aber die Herren irren sich, sie rechnen nicht mit der Zahl der Köpfe. Die Zukunft wird lehren, wer richtig gerechnet hat, Sie oder wir. (Lebhafter Beifall b. d. Soz., Unruhe.)

Präsident Dr. Kaempf

stellt nach dem Stenogramm fest, daß der Redner die Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen in Zusammenhang gebracht hat mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Wenn Sie das damit gemeint haben, daß Elsaß-Lothringen durch die Einverleibung in Preußen der Ehrenrechte verlustig geht, dann rufe ich Sie zur Ordnung!

Abg. Dr. Spahn (Zentr.):

Auf die jüngsten Vorgänge im Preußischen Abgeordnetenhaus will ich hier nicht eingehen, da es sich ja dabei um ein schwebendes gerichtliches Verfahren handelt und wir selbst im Wege der kurzen Anfragen derartige Angelegenheiten nicht hier behandeln wollen. Was nun die angebliche Aeußerung des Kaisers über die elsaß-lothringische Verfassung betrifft, so würden wir es bedauern, wenn diese Aeußerung selbst in der abgeschwächten Form erfolgt wäre, wie sie jetzt verbreitet wird. (Hört, hört, links). Die elsaß-lothringische Verfassung ist gesetzmäßig zustandegekommen und kann nur durch ein Gesetz wieder abgeändert werden. Was die Wirkung dieser Aeußerung nach innen betrifft, so wird sicherlich das Verständigungswerk in Elsaß schwer darunter leiden (Sehr richtig links). Die Wahlreformfrage in Preußen kann unseres Erachtens nicht im Reichstag erörtert werden. Der Redner richtet dann an den Reichskanzler eine Anfrage über ein bestimmtes Detail des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn, bleibt aber im einzelnen unverständlich. Ebenso unverständlich bleiben seine nun folgenden Ausführungen über das Jesuitengesetz. Er scheint zu erklären, daß seine Partei mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses von der Einbringung eines Antrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes absehen habe.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (Kons.):

Wir halten es nicht für geeignet, über angebliche Aeußerungen des Kaisers, so lange der Wortlaut dieser Aeußerungen nicht amtlich feststeht, zu sprechen. Vielleicht wird sich später Gelegenheit finden, auf diese Angelegenheit einzugehen. Was die Frage selbst angeht, d. h. die Entwicklung der inneren Politik in Elsaß-Lothringen, so kann ich namens meiner politischen Freunde erklären, daß uns diese innere Entwicklung Elsaß-Lothringens und die jüngsten Vorgänge nur bestärkt haben in unserer Ueberzeugung, daß die ganze Verfassung ein Fehler war (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links), und daß wir im Rechte waren, als wir die Verfassung abgelehnt haben. Wie dieser Fehler wieder gut zu machen sein wird, muß der Zukunft überlassen werden. Auch auf die Frage der Handhabung der Geschäftsordnung im Preußischen Abgeordnetenhaus gehe ich nicht ein, denn auch diese Ausführungen scheinen mir nicht in den Reichstag zu gehören. Der Redner erklärt darauf, daß er sich lediglich mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands bei dem Abschluß der letzten Handelsverträge und den sich daraus ergebenden Konsequenzen beschäftigen wolle.

(Während der Rede des Grafen Schwerin-Löwitz verlassen sämtliche Sozialdemokraten auf eine halbe Stunde den Saal, um eine Fraktionssitzung abzuhalten. Die anderen Fraktionen bilden erregte Gruppen. Die Worte des Redners gehen in der allgemeinen Unruhe verloren.) Er gibt eine vergleichende Wirtschaftsstatistik von mehr als einstündiger Dauer. (Die Regierungstische bleiben leer. Nur von Zeit zu Zeit erscheint ein Diener und holt eine Mappe. Der Bundesrat hält eine Sitzung ab.) Der Redner polemisiert gegen den Grafen Posadowsky, der den Großgrundbesitzern das „Beuernlegen" zum Vorwurf gemacht hat. (Da die allgemeine Unruhe immer größer wird, läutet der Präsident lebhaft mit der Glocke. Draußen nahm man daher an, Graf Schwerin habe seine Rede beendet — und einige Kommissare des Bundesrats erscheinen im Saal. Als sie den Redner noch auf der Tribüne sehen, eilen sie aber unter schallendem Gelächter der Sozialdemokraten wieder davon. Auch Unterstaatssekretär Richter war nach wenigen Minuten dem Reichskanzler und den anderen Bundesratsvertretern gefolgt.)

Graf Schwerin

spricht ausführlich über Submissionsbedingungen und andere wirtschaftliche und gewerbliche Fragen und wird vom Präsidenten zur Sache gerufen. Als Graf Schwerin seine Rede beendet hat, nimmt

Präsident Dr. Kaempf

das Wort zu einer Erklärung: Ich habe das Stenogramm der Rede des Abg. Scheidemann eingesehen. Eine Aeußerung habe ich danach schon gerügt. Es finden sich aber noch weitere Aeußerungen wie: Verzeyung in die zweite Soldatenklasse, in die unterste Klasse der deutschen Reichsangehörigkeit, nämlich ins preußische Land. Ich rufe den Abg. Scheidemann auch deshalb nachträglich zur Ordnung.

Abg. Dr. van Calker (Natl.):

Als ich mich heute zum Worte meldete, war meine Absicht die, als Altdeutscher, als Neu-Elsässer zu Ihnen zu sprechen. Ich wollte von den Angelegenheiten sprechen, die über Elsaß-Lothringen hinaus heute ganz Deutschland interessieren. Aber ich muß gestehen, daß ich durch die Worte des ersten Redners zunächst ganz vergessen habe, daß ich Elsaß-Lothringer bin. Es wurde bei mir die Erinnerung an die frühe Jugendzeit wach, als ich noch ein kleiner Knabe war, und als ich das Lied gelernt habe: „Ich bin ein Preuße!" (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Lautes Gelächter bei den Soz. Minutenlange stürmische Handgebung.) Es ist sehr traurig, daß Sie darüber lachen (Erneutes Gelächter der Soz.), daß Sie lachen, weil ich ein Deutscher bin aus vollem Herzen. (Zuruf der Soz.: Ein Preuße!) Auch ein Preuße. Ich kann Ihnen versichern, gerade als ein solcher fühle ich mich in diesem Hause. (Gelächter der Soz. und Zuruf: Sie sind doch ein Bayer!) Neben der preußischen habe ich auch die bayerische Staatsangehörigkeit. Ich habe das Gefühl, daß wir in diesem Hause die heilige Verpflichtung haben, uns bewußt zu sein, was Preußen für das Deutsche Reich bedeutet. (Stürmischer Beifall.)

Ich bin nicht für die nationale Begeisterung, die man zuweilen auf Schützenfesten findet, aber gegen die Worte, die vorhin Herr Scheidemann gesprochen hat, muß man entschieden protestieren. (Lebhafter Beifall, Lärm der Soz.) Das Gefühl haben wir alle. (Erneuter Beifall, Lachen der Soz.) Lassen Sie mich nun mal ganz Professor sein. (Lautes Gelächter der Soz. und Zuruf: Seien Sie lieber Volksvertreter!) Ich bin ein Volksvertreter, ein deutscher Volksvertreter, wenn ich die Ehre Preußens hier offen und aus vollem Herzen verteidige. (Lebhafter Beifall, Gelächter der Soz.) Ich habe seinerzeit bei der Strafrechtskommission die Frage der Majestätsbeleidigungen behandelt. Da ist es mir sehr aufgefallen, daß in England gar keine Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigung vorkommen. (Abg. Ledebour: Weil niemals angeklagt wird!) Ich habe mich an einen englischen Anwalt gewendet, und der sagte mir: „Wir haben in England eine etwas andere Auffassung von der Beleidigung des Königs und des Staates. Ein Engländer beleidigt seinen König nicht, weil er der Meinung ist, daß dieser der Repräsentant des Staates ist. Es gilt nicht als gentlemanlike, den König zu beleidigen." (Lebhafter Beifall, Gelächter der Soz. und Zuruf: Gehen Sie doch nach England!)

Und wenn jemand doch in England den König beleidigt und gegen den Staat sich wendet — was gewiß auch geschehen mag —, dann ist die allgemeine Auffassung in England die, daß ein solches Verhalten sich selber richtet, so daß es gar nicht notwendig ist, dagegen einzuschreiten. (Beifall, Ledebour ruft: Sie haben ja gar keine Ahnung von Politik! — Große Unruhe. — Vizepräsident Dove bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Vielleicht lesen Sie einmal bei Marx nach, Herr Doktor Ledebour. (Heiterkeit.) Wer aber sein Vaterland liebt, wird es ganz gewiß nicht beleidigen. (Beifall.) Und so möchte ich ganz ausdrücklich sagen, daß ich auch jedem, der seine Pflicht als Volksvertreter ernst nimmt, das Recht, gegenüber allen Erscheinungen des staatlichen Lebens, die für die Entwicklung seiner Ansicht nach nachteilig sind, das Recht der ungenierten Kritik einräume, ob das nun irgendwo gefällt oder nicht. (Zuruf v. d. Soz.: Na also!) Na also, die Konsequenz ist die, daß die nationalliberale Partei in der außerordentlich wichtigen Frage der Wahlreform zweifellos den Weg der Entwicklung gehen will mit aller Kraft, das hat sie gezeigt und wird sie weiter zeigen, auch bei der Durchführung der Gesetze, die heute maßgebend sind, und die unser Parteileben in so entscheidender Weise beeinflussen; daß wir auch da gegen jede Mißdeutung der Gesetze sind, zeigt Ihnen der Antrag Wasserman, der ja in Ihren Händen ist, den Reichskanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen darauffin zu wirken, daß die den Staatsbürgern zustehenden Vereins- und Versammlungsrechte nicht seitens der Landespolizeibehörden durch allgemeine polizeiliche Bestimmungen und Anordnungen in einer dem Wortlaut und dem Geiste des Gesetzes widersprechende Weise eingeschränkt werden. (Während dieser Worte erscheinen die Herren vom Bundesrat im Saal, voran Minister v. Breitenbach, die Sozialdemokraten begrüßen sie mit dem Ruf: Ah! Ein paar Sozialdemokraten rufen: Die Arbeitswilligen kommen!)

Abg. van Calker

fährt fort: Auch ich bin keineswegs mit allem einverstanden, und bin vollkommen bereit, allen denjenigen Momenten entgegenzutreten, die unserer Ansicht nach einer gedeihlichen Entwicklung entgegenstehen. Sie werden die nationalliberale Partei auch immer auf dem Wege sehen einer gerechten Kritik, aber einer Kritik, die ausgeht, von einer heißen Liebe zum Vaterland. (Stürmischer Beifall. — Ein Sozialdemokrat ruft: Regen Sie sich nicht auf! — Unterstaatssekretär Wahnschaffe betritt den Saal.) Einige Worte, die im Moment für die Auffassung unserer Situation in Elsaß-Lothringen meiner persönlichen Auffassung nach maßgebend sind: Die Anschauungen über Elsaß-Lothringen gehen ja so außerordentlich weit auseinander, und Sie können kaum zwei Leute innerhalb und außerhalb Elsaß-Lothringens finden, die vollkommen einer Meinung sind. Man hat gerade als Elsässer eine starke Aussicht, Mißstellen zu erregen, wenn man darüber spricht. Ich lasse mich natürlich nicht hindern, meine persönliche Ansicht offen auszusprechen. Ich stehe von vornherein auf einem entgegengesetzten Standpunkt von dem, der vorhin ausgesprochen ist.

Ich freue mich, daß wir in Elsaß-Lothringen eine Verfassung haben, und ich freue mich insbesondere um deswillen darüber, weil meiner Ueberzeugung nach gerade durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht für unser Land die Möglichkeit der freien Entwicklung im fortschrittlichen Sinne gegeben ist. Daß zunächst Mißgriffe vorkommen würden, hat jeder, der die Verhältnisse kennt, von vornherein erwartet; aber ich muß bestreiten, daß es anders geworden wäre unter der Herrschaft des Landesausschusses; daran hat die Aenderung der Verfassung nicht die geringste Bedeutung. Als ich im Frühjahr des vorigen Jahres hierherkam, als die Debatte in der Fraktion war, ob man sich auf den Boden der Vorschläge der Regierung stellen soll, da bestand in meiner Fraktion — ich spreche da rein Geheimnis aus — eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob man auf den Weg der Verfassung treten soll. (Ein Sozialdemokrat ruft: Einerseits!) — Haben Sie kein Einerseits? (Heiterkeit.)

Die nationalliberale Fraktion hat sich trotz mancher Bedenken, die sie damals gegen die vorgeschlagene Verfassung hatte, schließlich einstimmig auf diesen Boden gestellt. (Reichskanzler v. Bethmann Hollweg betritt den Saal und wird von den Sozialdemokraten mit Aha-Rufen empfangen. Von rechts ruft man herüber: Politische Kinder!) Der Redner fährt fort: Weil wir damals der Meinung waren, daß diejenigen verfassungsmäßigen Einrichtungen, die bis dahin in Elsaß-Lothringen bestanden, einen weiteren Fortschritt nicht möglich machten. Auf dem Boden stehe ich auch heute noch und ich hoffe, daß eine nicht zu ferne Zukunft dieser Auffassung auch recht geben wird. Auch außerhalb hört man mehr oder minder unmaßgeblich aus den verschiedensten Kreisen die Auffassung: Wäre es nicht richtiger, Elsaß-Lothringen einzuverleiben in Preußen? oder es zwischen den einzelnen Bundesstaaten zu verteilen? Auf welchem Standpunkt man steht, ich möchte sagen, historisch genommen, was das richtige gewesen wäre 1870/71, das mag heute dahingestellt bleiben.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß in unserer Zeit eine derartige Aenderung der Verhältnisse von Elsaß-Lothringen nicht richtig, nicht zweckmäßig, nicht gerecht ist, sondern daß wir auf diesem Weg, den ein Großer, den der Kanzler Bismarck uns gewiesen hat für die verfassungsmäßige Entwicklung, sicher weitermarschieren sollen. Das ist geschehen durch die Verfassung. Die Widerstände kennen Sie ja alle; ich glaube, daß manche unserer Elsässer, die damals mit starken Bedenken der Entwicklung entgegensahen, sich heute doch sagen: Es ist ein gutes Werk, das hier geschehen ist, und wir wollen nur hoffen, daß die Entwicklung in gedeihlicher Weise weitergeht. Man muß, ganz gleich, auf welchem parteipolitischen Standpunkt man steht, bedauern, was im Elsaß in den letzten Wochen geschehen ist. Als ich nach Elsaß-Lothringen kam, kam ich hinein als ein Fremder, der von seinen Freunden dort hörte: Sie werden sehen, es ist schwer, hier warm zu werden, und es gibt hier viele, denen es nicht möglich ist, in langjähriger Dauer sich hier heimisch zu finden! Ich habe nicht diese Erfahrung gemacht.

Ich gebe zu, ich bin in dieses Land gekommen von vornherein mit dem Willen, ein Neu-Elsässer zu werden, zu arbeiten für das Land, für sein Wohl und für seine Interessen (Beifall). Und so meine ich, es liegt vielleicht manchmal an denjenigen, die sich über die Verhältnisse kritisch äußern, weil sie nicht mit warmem Herzen an diese Frage herantreten (Sehr richtig!), sondern herantreten mit einer Kritik von außen, wo ja die Wirkungen ganz andere sind, als sie sich häufig darstellen, wenn man der Sache nähersieht. Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein. Wir müssen sagen, daß die Art und Weise, wie im Landtage manche Momente behandelt sind, in Sachen des Gnadenfonds, des Zuschusses zum Statthaltergehalt, außerhalb des Landes und im Lande zweifellos viel böses Blut gemacht. Aus diesem Grunde habe auch ich in der Gravenstadenschen Sache außerordentlich die Resolution des Landtags bedauert.

Ich will nicht untersuchen, ob nicht vielleicht von seiten der Regierung manches nicht ganz richtig gemacht worden ist (Hört, hört!), ob nicht gelegentlich in dieser Frage etwas geschickter hätte verfahren werden können. Aber gerade, weil ich der Meinung bin, daß eine Volksvertretung außerordentlich auf ihre Autorität halten muß, weil ich so hoch vom Parlament denke, meine ich, daß das Parlament sich seiner Verantwortung in hohem Maße bewußt sein muß, auch dann, wenn es in Opposition steht, und daß es auch dann über die Aufgabe, die konkret vorliegt, hinausdenken muß an die Wirkung, die ein Beschluß haben kann. Und darum ist die Wirkung nach außen hin bedauerlich. Jeder, der französische Zeitungen liest, weiß, was ich meine, darin sehe ich das Wesentliche der ganzen Sache.

In der französischen Presse herrscht die Auffassung, vertreten in sehr vielen Organen, daß Elsaß-Lothringen ein Volk ist, das in Fesseln schmachtet, das darauf wartet, baldmöglichst wieder in die Arme der Mutter Frankreich zurückzukehren. Darin liegt für mich das große Bedenken. (Abg. Dr. Ricklin, Zentr.-Els., Präsident des Elsaß-Lothringischen Landtages, ruft dem Redner zu: Wir sind daran nicht schuld!) Daß Sie nicht daran schuld sein wollen, gebe ich zu; daß Sie nicht französisch denken, weiß ich; sonst würde ich erzählen, daß vor recht kurzer Zeit ein guter Elsässer — wer er ist und wo das war, ist ja gleichgültig (Heiterkeit) — gesagt hat: Herr Professor, Sie wissen so gut wie ich, daß es nur ein paar Herren sind, die heute noch französisch werden wollen. Man ist in Deutschland vielfach anderer Meinung, aber diese Bemerkung zeigt, wenn auch etwas schroff, daß es nicht so ist.

Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn das einmal öffentlich von elsässischer Seite ausdrücklich gesagt würde. Mit dem Altdeutschen, dem Neu-Elsässer sagt man, Du verstehst das nicht. Du hast keine Beziehungen! Ich fühle mich aber innerlich mit Ihnen verbunden, und deshalb kommt es mir darauf an, daß sie nicht falsch verstanden werden, insbesondere nicht von Frankreich. Die Kritik, die sie aussüben, ist nicht so aufzufassen, daß man sich unglücklich fühlen würde, wenn man nicht mehr zu Frankreich käme. Es sind ja von unserer Seite auch Fehler gemacht worden. Fehler, die vermieden werden konnten und mußten. Ich bin in dem pfälzischen Kreise Landau-Neustadt gewählt worden. Ein großer Teil davon ist länger französisch gewesen als Straßburg. Ich habe die Empfindung eines französischen Einschlages manchmal in höherem Maße gehabt, als bei uns in Elsaß. Frühere französische Einrichtungen und Traditionen machen sich dort außerordentlich stark und kräftig geltend, aber das hindert niemals, daß die Bewohner dieses Kreises sich vollständig fühlen als Bayern, vollständig und von ganzem Herzen als Deutsche. (Zuruf bei den Soz.: Preußen wollen sie doch nicht sein. Heiterkeit.)

Mir sagte einmal der damalige Reichskanzler, als ich wegen der Aenderung unserer Einrichtungen mit ihm sprach: Die Jacke, die unseren Männern in Osielbien ganz gut paßt, liegt euch Süddeutschen und gerade euch Elsaß-Lothringern manchmal knapp. Gewiß sollen wir dafür sorgen daß unser Land von Herzen deutsch wird, aber die Methode, die wir brauchen, ist manchmal nicht ganz richtig. Kleinigkeiten wirken öfter stärker als sie es verdienen. An der Grenze in Deutsch-Avricourt fragte mich der deutsche Gendarm in militärischem Ton, wie ich heiße und woher ich wäre. Ich antwortete und er darauf: Ich halte Sie für einen französischen Offizier. (Große Heiterkeit.) Ich erwiderte, ich sei deutscher Offizier, und er wieder in demselben Ton: Ich denke, daß Sie den deutschen Offizier markieren wollen. Dann bin ich sehr deutlich geworden und die Ausdrücke, die ich brauchte, hatten, glaube ich, jedem Königlich Preußischen, jedem bayerischen Exerzierplatz zur Zierde gereicht. (Große Heiterkeit.) Zum Schluß verabschiedet er sich mit den Worten: Zu Befehl, Herr Hauptmann! (Heiterkeit.) Ich will den Gendarm nicht lächerlich machen, er hat gewiß nach bestem Wissen seine Pflicht getan, aber man hat ihn an die falsche Stelle gestellt. Ich habe nun noch eine dritte Staatsangehörigkeit — ich bin auch Bayer. (Große Heiterkeit.)

Wir Bayern haben mit den Badenern und Württembergern eine ähnliche Auffassung, daß wir für eine äußere Betätigung der Strammheit im Fibilleben nicht den entsprechenden Sinn haben (Große Heiterkeit). Das ist von großer Bedeutung, trotzdem es nur kleine Formalien sind. Ebenso ist es mit der französischen Sprache. Sie soll nicht geduldet werden, wenn sie in absichtlicher Opposition vorgetragen wird, sonst soll man aber tolerant sein. Das ist man wohl bei den oberen Stellen, aber nicht bei einzelnen Unterorganen und das ärgert die Leute. Ich habe gestern hier gelesen eine Aufschrift „Au corset gracieux": Das muß bei uns ein graziöses Korsett sein! Man soll diese Kleinigkeiten nicht als groß ansehen. Die Leute sind übrigens in französischer Zeit genau so aufgetreten wie heute. Wir müssen uns daher mit einander bemühen, und wir müssen diese Verhältnisse richtig und namentlich gerecht beurteilen. Aber damit außerhalb unserer Grenzen keine falsche Meinung entsteht: so sehr ich tolerant bin, gegenüber dem Souvenir, so bin ich doch unbedingt überzeugt, daß wir scharf Stellung nehmen gegen jede besondere Maßnahme, die innerhalb elsässischer Kreise gerichtet wird wider eine Annäherung an das Deutsche Reich.

Gegen solche Aeußerungen hat die Regierung mit vollem Recht vorzugehen, das ist nur ihre Pflicht. Nachdem die Aeußerungen des Kaisers hier berührt sind, scheue ich mich gar nicht, davon zu sprechen. Daß die Wirkung soviel stärker war, als wohl beabsichtigt wurde, ist natürlich zu bedauern. Aber wir wollen doch sagen: Auch der Kaiser hat das Recht, unmutig zu sein über eine Entwicklung, die allem im Wege ist, was wir alle miteinander bei Einsetzung der Verfassung wollten. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Darum ist auch die Resolution der Zweiten Kammer zu bedauern. Zurufe bei den Soz.) Gewiß hat das Parlament das Recht, aber auch die Ausübung von Rechten muß mit der Pflicht verbunden sein. (Beifall rechts.) Wir ziehen auf dem Standpunkt: souvenir ja, espérance nein, nein, nein. (Bravo.) Jede Arbeit in Elsaß-Lothringen ist eine Arbeit für das ganze Reich. (Lebhafter Beifall.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren, auf die Vorgänge, die mich und die Mitglieder des Bundesrats veranlaßt haben, eine Zeitlang den Saal zu verlassen, gehe ich selbstverständlich nicht ein, nachdem von seiten des Herrn Präsidenten ein Ordnungsruf wegen der Aeußerung erfolgt ist, die der erste Redner getan hat. Ein Mann, der von seinem Lande so spricht, wie es geschehen ist, verurteilt sich selbst. (Lebhafte Bravo-Rufe rechts, Unruhe links. Rufe der Soz.: Er hat nicht vom Lande, sondern von Ihnen, von der Regierung gesprochen!) Ihre Zwischenrufe machen mich nicht irre in meinem Gefühl als Preuße und als guter Deutscher, der weiß, was Deutschland Preußen verdankt. (Lebh. Beifall rechts und im Zentr.) Ich will, wie ich das bereits in meiner Antwort auf die Anfrage des Abg. Colshorn gesagt habe, über die elsässischen Angelegenheiten sprechen. Vorweg muß ich mit einigen Worten auf die Gravenstadener Angelegenheit eingehen, da die Resolution, die zu ihr gefaßt worden ist, wie der Abg. v. Calker eben ausgeführt hat, eine gewisse Bedeutung erlangt hat.

Der Sachverhalt in der Gravenstadener Angelegenheit ist kurz folgender: Gravenstaden gehört der Norddeutschen Lokomotivbereinigung an und hat deshalb Anteil an den Bestellungen für die Reichseisenbahnen und für die preußischen Bahnen. Der Wert der Bestellungen hat in den letzten Jahren durchschnittlich 4 Millionen Mark pro Jahr betragen. Im Januar d. J. wurde die preußische Eisenbahnverwaltung durch Zeitungsartikel und durch eine mit Namensunterschrift versehene Zuschrift darauf aufmerksam gemacht, daß von der Leitung des Gravenstadener Werkes behauptet werde, sie wirke in direkt deutschfeinde-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120518019/fragment/page=0002

lichem Sinne. Danach hat die Eisenbahnverwaltung im Benehmen der Landesverwaltung eine Untersuchung angestellt, deren Ergebnis der Unterstaatssekretär Mandel in der elsässischen Kammer mitgeteilt hat. Ich will aus dieser Mitteilung hier kurz folgendes anführen: Die elsässische Regierung erklärte, es sei für sie notorisch, daß der leitende Direktor des Werkes die Seele aller deutschfeindlichen Bestrebungen sei, die sich in und um Gravenstaden bemerkbar machen. Alle persönlichen Beziehungen zwischen Fabrikleitung und Behörden hätten aufgehört und daran habe jener Direktor schuld, der bei jeder Gelegenheit das Deutschtum bekämpft. Er hat auch die gesellschaftlichen Vereinigungen in französisches Fahrwasser zu lenken gesucht. Auf Grund dieser Ergebnisse stellte die Eisenbahnverwaltung dem Werk die Einstellung weiterer Aufträge in Aussicht, falls nicht in bestimmter Frist dieser Direktor von seinem Posten entfernt würde. (Hört! Hört! links. Sehr richtig! rechts.) Und bis zu seiner Entfernung Gewähr dafür geboten würde, daß er seine Tätigkeit in deutschfeindlichem Sinne in der Fabrik und in der Gemeinde einstelle. Abg. Emmel (Soz.) ruft: Zorn von Bulach sagt, das sei nur Kinderei! Vizepräsident Dove bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.) Ich kann nicht begreifen, wie jemand daraus Vorwürfe für die Verwaltung herleiten kann. Für das Deutsche Reich ist es ein Ding der Unmöglichkeit, geschäftliche Beziehungen zu einem Werke aufrecht zu erhalten und ihm jährlich Millionen-Bestellungen zuzuwenden, dessen Leitung die Verachtung deutschen Wesens zur Schau trägt. (Sehr richtig! — Abg. Emmel: Wo denn, wann denn?) Ich würde dankbar sein, wenn Sie mich nicht durch Zwischenrufe stören würden. Sie kommen ja später zum Wort. Die deutsche Eisenbahnverwaltung würde pflichtwidrig gehandelt haben, wenn sie diese Vorgänge ignoriert hätte.

Es ist nicht Gesinnungsschnüffelei — dieser Ausdruck ist in der elsässischen Kammer gebraucht worden —, sondern es waren, als die Bahnverwaltung durch Vermittlung der Landesregierung die nähere Untersuchung einleitete, staatliche und nationale Notwendigkeiten. (Sehr richtig! rechts.) Ein Privatmann erhält geschäftliche Beziehungen ohne zwingende Notwendigkeit nicht aufrecht, wenn der andere Teil sich fortgesetzt darin ergeht, wichtige Interessen seines Auftraggebers zu schädigen. Und hier sollte es der Staat tun, wenn die nationalen Interessen in Frage stehen? Der Staat ist berufen, in erster Linie die nationalen Interessen zu schützen. Dann ist auch der Vorwurf gemacht worden, die Eisenbahnverwaltung wäre von der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie als Vorspann benutzt worden, um die Konkurrenz von Gravenstaden auszuschließen. Man hat das daraus geschlossen, daß zufällig auch die „Rhein.-Westf. Leitung" auf das Treiben in Gravenstaden aufmerksam gemacht hat. Dieser Vorwurf ist widersinnig. Ich habe bereits mitgeteilt, in welchem Umfange, nicht nur die Reichseisenbahnen, sondern auch die preußischen Eisenbahnen Gravenstaden mit Aufträgen versehen haben. Preußen besitzt Fabriken genug, um seinen Bedarf an Maschinen zu decken. Es würde nicht auf die reichsländischen Fabriken zu rekurrieren brauchen. Preußen sieht es aber als seine Aufgabe an, die reichsländische Industrie so viel als möglich zu fördern, und ich setze mich dafür ein, daß das andauernd geschehen wird. (Lebh. Beifall.)

Also, das Konkurrenzmotiv, das angeblich für das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung mitbestimmend gewesen sein soll, existiert nur in der Phantasie derjenigen Personen, die die Angelegenheit politisch gegen Preußen ausbeuten wollen. Gegenwärtig hat Gravenstaden noch für die beiden Verwaltungen Maschinen im Werte von etwas über 1 Million Mark, zusammen 2½ Millionen, zu bauen. Die Aufträge sind für die erste Hälfte des Jahres 1912 vergeben, für die zweite Hälfte werden Bestellungen in ungefähr gleichem Werte zurückgehalten in der Hoffnung, daß noch eine Verständigung gelingt. Diese Verständigung ist bisher nicht zustande gekommen, weil das Werk sich weigert, den Direktor zu entlassen. Es ist selbstverständlich, daß die Eisenbahnverwaltung auf ihrer Forderung besteht. (Zustimmung rechts.) Wenn die Arbeiter der Fabrik notleiden sollten — was ich nicht hoffe —, weil das Werk die Forderungen nicht erfüllt, dann wird es das Werk sein, welches die ausschließliche und alleinige Verantwortung dafür trägt. (Beifall rechts.) Denn nichts Unbilliges wird vom Werke verlangt, sondern nur das Selbstverständliche, daß ein geschäftliches Unternehmen, das Aufträge von deutschen Staatsverwaltungen haben will, nicht das vom Staate repräsentierte Deutschtum bekämpfen darf. (Beifall.)

Wenn man den Eisenbahnverwaltungen einen Vorwurf machen wollte, dann könnte es vielleicht nur der sein, daß sie zu vorsichtig gewesen sind. Mancher andere Staat würde bei diesem Verhalten der Werkleitung einfach mit der Bestellung aufgehört haben, ohne daß man in Verhandlungen eintrat. (Sehr richtig! rechts.) Dann war kein Stoff zur Agitation gegeben. Hier ist man aber in Verhandlungen eingetreten. Zu wessen Gunsten? Zugunsten von Gravenstaden und der in Gravenstaden beschäftigten Arbeiter. Und durch diese Verhandlungen hat man die Erregung verursacht, in welcher Weise, dafür eine kurze Bemerkung. Die Verhandlungen galten auf beiden Seiten als vertraulich. Sie sollten vertraulich geführt werden im industriellen Interesse der Fabrik, im Interesse der Arbeiter, um Agitation und Beunruhigung zu vermeiden. Die Vertraulichkeit ist auf seiten der Regierung auf das strengste gewahrt worden und auch dann noch, als vor einiger Zeit im preußischen Abgeordnetenhause die Sache zur Verhandlung kam, hat sich die Regierung auf eine ganz kurze Bemerkung beschränkt. Der Abg. Blumenthal war es, der in der elsässischen Kammer zum erstenmal die Sache vor die Oeffentlichkeit brachte und im nationalistischen Interesse zu verwerten suchte

Meine Herren! Damit komme ich auf die allgemeine politische Bedeutung des Falles. Die elsässische Kammer hat bekanntlich für Gravenstaden und gegen die Regierung Partei genommen. Daraus und aus manchen anderen Vorkommnissen haben die Gegner der vorjährigen Verfassungsgesetzgebung den Schluß gezogen, daß diese Gesetzgebung verfehlt oder doch verfrüht gewesen sei. Daß sich die neue Verfassung leicht und ohne Reibungen einleben würde, habe ich nicht erwartet. Ich möchte da auf Einzelheiten nicht eingehen, nachdem dieses Hohe Haus die vortreffliche Rede des Abg. von Calker gehört hat. Herr von Calker hat in ganz ausgezeichneter Weise das schwierige Milieu Elsaß-Lothringens gezeichnet, die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß ein Land, das in seiner ganzen vergangenen Geschichte sich keines selbständigen staatlichen Lebens zu erfreuen gehabt hat, jetzt übergegangen ist zu einem großen Maße staatlichen selbständigen Lebens, und das, nachdem die kulturelle, die geschichtliche, die politische Entwicklung, die Umwälzungen der beiden letzten Jahrhunderte in Elsaß-Lothringen keinen einheitlichen Boden geschaffen hatten, der einem solchen staatlichen Leben günstig war, weil bald der französische, bald der deutsche Einfluß überwog.

Die Schwierigkeiten, die sich aus allen diesen Gründen ergaben, — die ich heute nur andeute, wir haben ja vor einem Jahre ausführlich darüber gesprochen — diese Schwierigkeiten sind zuerst drastisch hervorgetreten bei den ersten Wahlen zur elsaß-lothringischen Kammer im vorigen Herbst. Damals mußten sich eigentliche politische Parteien im Lande erst bilden. Charakteristisch für die verworrenen Zustände, die damals entstanden, waren auch die Gewissenskonflikte, in die ein Teil der deutschen Wählerschaft geriet, als sie vor die Frage gestellt wurden, ob sie mit Hilfe der Sozialdemokraten den Nationalismus überwinden, oder ihm durch Stimmenthaltung zum Siege verhelfen sollten. Und alle diese Zustände, wie hätte es anders sein können, haben ihre Rückwirkung ausgeübt. Ob diese Vorgänge eine andauernde politische Bedeutung haben, ob aus ihnen der Schluß gezogen werden kann, daß die Verfassung unzweckmäßig gewesen sei, das kann heute nicht entschieden werden. Aber unzweifelhaft — und das hat auch der letzte Vorredner zugegeben — haben diese Vorgänge das nationale Empfinden weiter deutscher Kreise tief verletzt, und einen verständlichen Unwillen hervorgerufen.

Nun, m. H. (Hört! Hört! mit erhobener Stimme) dieser Unwillen ist es, dem S. M. der Kaiser in seinem Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Straßburg Ausdruck gegeben hat. Wegen dieses Gesprächs sind in der Oeffentlichkeit heftige Angriffe gegen den Kaiser gerichtet worden. Ich lege gegen diese Angriffe Verwahrung ein (Beifall rechts, Unruhe b. d. Soz.) Wie war denn die Sache? In einem Kreise geladener Gäste (Zuruf d. Soz.: Ist ja ganz gleichgültig!) hat der Kaiser dem Unmute Worte verliehen, der in diesen Wochen viele deutsche Herzen erfüllt hat. Diese Worte sind durch eine bedauerliche, nicht aufgeklärte Indiskretion (Hört! Hört u. Lachen d. Soz.), bei der, wie ich indessen ausdrücklich hervorheben möchte, der Herr nicht beteiligt war, an den die Worte gerichtet worden sind — in die Oeffentlichkeit geraten und zwar, was peinlich ist, und was, wie ich annehme, auch von vielen Elsaß-Lothringern als peinlich empfunden werden wird, nicht in einer deutschen Zeitung, sondern in einer französischen. (Zustimmung und Hört! hört!)

M. H. trotz dieser Veröffentlichung (mit erhobener Stimme) ist keine Situation geschaffen, für die ich nicht die Verantwortung trüge. (Beifall und Hört, hört.) Solange ich an dieser Stelle stehe, trete ich vor den Kaiser. (Beifall rechts, Lachen der Soz.) Nicht aus höfischen Rücksichten, wie schon in der Presse angedeutet worden ist — die kenne ich nicht — sondern aus staatlicher Pflicht (Beifall) und wenn ich dieser staatlichen Pflicht nicht gerecht werden kann, dann werden Sie mich nicht mehr an diesem Platze sehen. (Hört, hört und Lachen der Soz. Lebebour ruft: Also Sie billigen den Verfassungsbruch.) Mit Bundesrat und Reichstag werden offene Türen eingerannt.

Es hat dem Kaiser völlig ferngelegen, die Rechte von Bundesrat und Reichstag auch nur irgendwie zu berühren. Wem will man es denn klarmachen, daß der Kaiser, wenn er von einer Beseitigung der Verfassung gesprochen hat, nicht an einen Akt der Reichsgesetzgebung gedacht hat, der doch nur als ultima ratio in Betracht kommen konnte? Der Kaiser hat auch nicht davon gesprochen, daß jetzt an eine Revision der Verfassungszustände in Elsaß-Lothringen herangetreten werden soll. Das hat er nicht getan. Aber verwunderlich ist es, daß elsaß-lothringische Politiker die Zeit für gekommen erachten, um die Verfassungsgesetzgebung vom Reiche auf das Land zu übertragen. Davon kann keine Rede sein. Elsaß-Lothringen ist Reichsland.

Bundesrat und Reichstag sind es gewesen, die dem Lande seine Verfassung gegeben haben. Und nur Bundesrat und Reichstag werden darüber zu befinden haben, ob einmal die Zeit kommen sollte, wo die Verfassungszustände geändert werden müssen und wie sie geändert werden müssen. Darum sind alle Konjekturen über die Richtung, in der sich Aenderungen bewegen sollten, völlig gegenstandslos. Bundesrat und Reichstag werden, wenn ihnen solche Beschlüsse aufgenötigt werden sollten, sich nur von den Lebensinteressen des Reiches leiten lassen. Bei Elsaß-Lothringen steht es, ob diese Lebensinteressen die Erhaltung und Konservierung der dem Lande gegebenen Freiheit und Selbständigkeit oder ihre Einschränkung fordern werden. Das Land wird sich sein Schicksal selber schaffen. Das Land wird, wenn es den Prinzipien folgt, die der Abg. von Calker hier eben angedeutet hat, das erreichen und das erhalten, was es jetzt hat und wird es sichern. Wenn es einen anderen Weg geht — ja, meine Herren, niemand kann die Augen davor schließen, daß deutschfeindliche Bestrebungen im Lande vorhanden sind, welche aus dem Lande ein der Verbindung mit dem Reich widerstrebendes Land machen wollen.

Gegen diese Bestrebungen muß alles, was deutsch ist, zusammenstehen. dann werden sie überwunden werden. Das, meine Herren, und die Sorge für die Zukunft des Reichslandes ist Kern und Inhalt der ernsten Mahnung des Kaisers gewesen. (Abg. Lebebour (Soz.) ruft: Faule Ausrede!) Wer es ein Unrecht, daß der Kaiser den Mahnruf ausgestoßen hat? Nein, meine Herren, denn darüber ist sich die ganze Nation einig, Elsaß-Lothringen ist ein Land, das zu uns gehört wie jedes andere Teil des deutschen Vaterlandes. (Lebh. Beifall.) Sollten — ich glaube es nicht — Treibereien die Ueberhand gewinnen, welche diese Tatsache auch nur entfernt in Zweifel ziehen können, dann allerdings würde es Pflicht des Bundesrats und des Reichstages sein, nach Mitteln auszuschauen, um diese Treibereien zuschanden zu machen und — des bin ich gewiß — diese Pflicht würde dann erfüllt werden, denn es wäre eine Pflicht deutscher Ehre. (Lebhafter anhaltender Beifall, — anhaltendes Zischen bei den Soz. Abg. Lebebour ruft: Eine feige Drohung war das!)

Vizepräsident Dove:

Den Ausdruck „faule Ausrede" muß ich als unparlamentarisch entschieden zurückweisen.

Abg. Haas-Baden (Vp.):

Der Abg. Scheidemann wollte jedenfalls nur Einrichtungen des Preußischen Staates kritisieren. Die beleidigende Art der Kritik aber wirkt schädigend. In Baden haben wir auch ein Wahlrecht, das zwar nicht ganz so schlecht ist wie das preußische Dreiklassenwahlrecht, aber doch ein schlechtes Wahlrecht. Würde aber deswegen einer sagen, wir gehören in Baden gewissermaßen in die zweite Klasse des Soldatenstandes, so würde er sogar von den badischen Sozialdemokraten eine Antwort erhalten, wie er sie nicht wünscht. Wir müssen uns fragen, ist durch die Aeußerung des Kaisers nicht schwerer Schaden in Elsaß-Lothringen und ganz Deutschland angerichtet worden? Haben sich Dinge in Elsaß-Lothringen ereignet, die im Ernst eine Aufhebung der Verfassung oder gar eine Einverleibung des Landes in Preußen rechtfertigen? Und hat der Kaiser das Recht, von sich aus eine Verfassungsänderung anzukündigen, und wenn er das Recht hatte, war es dann gut, daß er autokratisch einen Gedanken ausgesprochen hat, den durchzuführen andere gesetzgebende Faktoren mitzuwirken haben?

Wir müssen diese Fragen aus den verschiedensten Gründen verneinen. Es sind zweifellos auf seiten der deutschen Regierung Fehler gemacht worden, wenn auch in bester Absicht. Zum Teil mögen die norddeutschen Beamten dazu beigetragen haben. Jedenfalls darf durch die Aeußerung des Kaisers die Einheitlichkeit der Autorität des Reiches nicht gestört werden. Was würde z. B. der Kaiser gesagt haben, wenn ein süddeutscher Fürst Derartiges gesagt hätte? Die Elsaß-Lothringer wollen auch von der Einverleibung in Preußen nichts wissen. Die Berechtigung dieses Gefühls hat selbst Bismarck anerkannt. Die deutschen Stämme haben alle ihre Eigenart, gönnen wir auch den Elsaß-Lothringern die ihre. Die Treue, die sie dem alten Vaterland gehalten haben, werden ihre Kinder und Kindeskinder dem deutschen Volke halten. Wir wollen ihnen sagen: Hinter eurem Recht steht der Wille des deutschen Volkes, und der Wille des deutschen Volkes ist in dieser Sache mächtiger, als der des Kaisers. (Bravo! links.)

Abg. Schulz (Np.):

In Elsaß-Lothringen haben die Dinge den Verlauf nicht genommen, den wir alle hier bei Erlaß der Autonomie gewünscht haben. (Zustimmung rechts.) Der Reichskanzler hat aktenmäßig in einem eklatanten Fall gezeigt, daß die Dinge dort seit Erlaß der Verfassung in deutsch-nationalem Sinne in der falschen Richtung laufen. Wir haben dafür alle Tage Beweise in den Zeitungen, die immer neue Fälle melden. Es ist nicht zu verwundern, daß der deutsche Kaiser sich in seinem tiefsten Innern verletzt fühlt, nachdem er durch die Aufhebung des Diktaturparagraphen und die Einführung der Homerule für Elsaß-Lothringen so oft seine Anteilnahme dem Lande bewiesen hat. Er steht nicht bloß in staatsrechtlichem, sondern auch in einem gemütvollen Verhältnis zu dem Lande. Da muß er berechtigt sein, eine Warnung auszusprechen. Kein Mensch hat das Recht, ihm vorzuwerfen, daß er sich über die Verfassung hinweggesetzt hat. Gerade die Sozialdemokraten sind es, die an der Verfassung rütteln. Der Abg. Scheidemann hat das mit klaren Worten heute ausgesprochen, als er entschlossenere Männer wünschte, die, nachdem China zur Republik geworden ist, auch Preußen zu einem modernen Staat gestalten würden. Das heißt die Rechte der Krone herunterreißen (Sehr richtig! rechts. Unruhe b. d. Soz.)

Dann hat der Abg. Scheidemann vom preußischen Staate gesprochen. Das geschah in einer Weise, in einer Versammlung, die ohne die Wohltaten des preußischen Staates nicht bestehen würde, daß einem das Gefühl des (in höchster Erregung) Mitleids mit den Leuten überkommt, die selbst Preußen sind und diesen Worten Beifall zollen können. Diese Auftritte werden unvergessen bleiben, aber ich rufe Ihnen das alte Wort zu: Sie können das Maß der Beleidigungen, Kränkungen, Verge hoch häufen, an das Maß unserer Verachtung können Sie nicht heranreichen. (Stürmischer Beifall rechts, Unruhe bei den Soz.)

Vizepräsident Dove:

Sie haben von Verachtung gesprochen, haben Sie damit ein Mitglied des Hauses gemeint?

Abg. Schulz:

Ich habe auch die Worte des Abg. Scheidemann gemeint. (Beifall rechts.) Aber über das Gefühl des Unmuts und des Zornes empfinde ich den Stolz, ein Preuße zu sein. (Stürmischer Beifall rechts.) An dem ehernen Fels der preußischen Monarchie werden alle Ihre Angriffe zerschellen, und er wird bestehen bleiben. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Hauß (Elsässer):

Das sieht ja bald so aus, als ob wir Reichsfeinde der schlimmsten Art sind. Dem ist nicht so. Wir sollen den Kaiser und weite Kreise des deutschen Volks verletzt haben, weil wir die sogenannte Kaiserjagd gestrichen haben. Der Kaiser hat aber seit 1896 die Jagd mit keinem Fuße betreten. Das Wild häufte sich, der Waldkomplex wurde ganz verwüstet. Da sagten wir mit vollem Recht: Nein, das geht nicht mehr. Dann der Gnadenfonds. Er beträgt 100 000 Mk. Einen so hohen Gnadenfonds — im Verhältnis zur Bevölkerung — gibt es in keinem deutschen Staate. Er stammt aus einer Zeit, da man noch aus dem Vollen wirtschaftete. (Der Reichskanzler verläßt den Saal.) Das elsaß-lothringische Parlament war berechtigt, das Kontrollrecht zu verlangen. Erst weigerte sich die Regierung, dann machte sie die Konzession, daß dem Landtag über die Verwendung Mitteilung gemacht werden sollte. Darauf wurde der Fonds wieder bewilligt. Nun Gravenstaden!

Der Reichskanzler hat in sehr geschickter Weise den Kern der Sache verschoben. Es ist zu unterscheiden, zwischen der Haltung der preußischen und der der elsässischen Regierung. Die preußische Regierung kann ihre Bedingungen stellen. Aber die elsaß-lothringische Regierung hat diesen Direktor, diesen „notorischen Deutschenfeind" ja erst ein halbes Jahr vorher zum Prüfungskommissar der Kaiserlichen Technischen Schule in Straßburg ernannt. (Hört! Hört!) Die elsaß-lothringische Regierung klage ich hier an, daß sie höchst leichtfertig vorgegangen ist. Ihr allein galt das einstimmige Tadelsvotum unseres Landtags, nicht der preußischen Regierung. (Hört! Hört!) Eine gewisse deutsche und französische Presse hat die Oeffentlichkeit bewußt irregeführt. (Hört! Hört!) Wir denken nicht an eine Loslösung vom Reiche. Aber wir wollen auch nicht zu Staatsbürgern zweiter und dritter Klasse degradiert werden. Wer läßt uns nicht zur Ruhe kommen? Sind es vielleicht nicht die Regierenden? Die Drohung, Elsaß-Lothringen in Preußen einzuverleiben, hat keinen besonderen Eindruck auf uns gemacht.

Als Bewohner eines großen Weinlandes nehmen wir Tischgespräche niemals tragisch. (Große Heiterkeit.) Und dann werden wir ja schon seit 40 Jahren nach preußischen Maximen regiert. Eine Einverleibung würde also nichts Schlimmeres bringen. Also besonders aufgeregt hat uns die Aeußerung nicht, aber wir haben sie tief beklagt. Im Interesse des deutschen Kaisers selbst! Das Vertrauen zu unserem sogenannten Landesherrn (Hört! Hört!) hat einen gewaltigen Stoß erlitten. (Hört! Hört!) Ich bitte den Reichskanzler, den von unserer Regierung schlecht informierten Kaiser besser zu informieren. Wir tun unsere Pflicht für das Reich, wir schimpfen auch. Aber das ist vielleicht gerade ein Beweis dafür, daß wir gute Deutsche geworden sind. (Heiterkeit.) Es gibt kein friedfertigeres Volk als uns. Wir gehorchen nicht aus Zwang, sondern aus unserer Ueberzeugung und aus unserem Gewissen heraus! (Beifall.)

Abg. Dr. Leusch (Soz.):

Das war ein dramatischer Auszug der Herren vom Bundesrat, der Reichskanzler an der Spitze. Warum? Weil der Präsident Herrn Scheidemann nicht schnell genug zur Ordnung rief! Was wäre geschehen, wenn der Präsident in den Worten Scheidemanns nichts gefunden hätte? Wäre der Reichskanzler dann dem Reichstag dauernd fern geblieben? Er durfte den Saal nicht verlassen, da sein Etat zur Debatte stand. Scheidemann hat nicht das preußische Volk angegriffen, dessen Vorkämpfer wir sind, sondern nur das preußische System, diese elende Bevormundungssucht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dieses Land der Junker! Und da hat Scheidemann dreimal recht. Herr Schulz tat besonders entrüstet. Aber gerade die Rechte hat gegen die Reichsgründung gearbeitet. (Sehr richtig! links.) Sie sollten sich also nicht mit aufgedonnerter feierlicher Entrüstung hier hinstellen. (Lachen rechts.)

Der Reichskanzler trug eine besonders freie entwickelte Eit-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120518019/fragment/page=0003

ermis zur Schau. Er hat aber nicht das Vertrauen des Volkes, auch nicht des Reichstags, sondern nur das des persönlichen Regiments. Er wagt es, die größte Partei der Welt anzugreifen. (Lachen rechts.) Wir haben schon für die Kultur gestritten, als Se. Exzellenz noch in den Windeln lagen. (Lachen.) Und wir werden es noch tun, wenn dieser beiläufige Handlanger längst in den Katakomben der Vergessenheit eingesargt sein wird. (Lachen.) Er ist ja nur der Prügeljunge des persönlichen Regiments. (Lärm.)

Präsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Dr. Lensch:

Er nimmt alles gehorsam von oben. „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen — der Name des Hern sei gelobt!" — (Unruhe und Pfuirufe rechts. — Präsident Kaempf ruft den Redner nochmals zur Ordnung.)

Abg. Dr. Lensch:

Die Behandlung, die der Reichskanzler dem Reichstag angedeihen läßt, lassen wir uns nicht gefallen. Der Reichstag ist kein preußisches Abgeordnetenhaus, wobei ich hingestellt sein lasse, ob das preußische Abgeordnetenhaus überhaupt noch ein Parlament ist! Der Redner schließt unter der Heiterkeit der bürgerlichen Parteien: Machen Sie, was Sie wollen, wir werden mit Ihnen allen fertig!

Ein Schlußantrag wird gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Sonnabend: 1 Uhr: Auswärtige Politik

Schluß 6½ Uhr.

Mb. Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

10. Sitzung, Freitag, den 17. Mai.

Am Ministertisch: Beseler, Lentze.

Präsident v. Wedel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Das Moorschutzgesetz.

Die Vorlage will verhüten, daß die Moorbesitzer eine solche Nutzung ihrer Moorgrundstücke vornehmen, die diese für eine spätere land- oder forstwirtschaftliche oder industrielle Nutzung verderben würde, und macht deshalb die Benutzung solcher Grundstücke zur Torfgewinnung in der Regel von der Genehmigung des Bezirksausschusses abhängig.

Die Vorlage wird angenommen. Sie tritt am 1. Januar 1913 in Kraft.

Der Etat.

Generalberichterstatter Graf v. Keyserlingk-Neustadt begrüßt die günstige Finanzlage und sieht keinen Anlaß zu einer dauernden Erhöhung der Einkommensteuer. Der Etat sollte dem Herrenhause früher zugehen; eventuell sollte er dem Abgeordnetenhause schon im Herbst unterbreitet werden.

Finanzminister Dr. Lentze:

Auch die Regierung bedauert, daß Ihnen der Etat so spät zuging. Die Reichstagswahlen schufen besondere Verhältnisse. Würde der Etat dem Abgeordnetenhause früher unterbreitet werden — dies ist technisch unmöglich — so wäre immer noch nicht gesagt, daß das Abgeordnetenhaus ihn früher verabschiedet. Zur Finanzlage erinnere ich an die starke Steigerung der Ausgaben durch Erhöhung der Beamten- und Lehrergehälter, an die Mehrleistungen des Staats infolge der Reichsfinanzreform usw. Diese Mehrausgaben haben wir nur zum bescheidenen Teil durch Mehreinnahmen gedeckt. 156 Millionen blieben ungedeckt und das ist noch heute so. Auf die Eisenbahneinnahmen verweise man nicht; die sind ein unsicheres, ständig wechselndes Fundament. Nur ist 1910 für den Ausgleichsfonds eine Regelung für fünf Jahre vereinbart worden. Diese Periode wird aber zu kurz sein, obwohl jetzt etwa 160 Millionen neu in den Fonds fließen. Das Jahr 1911 ist doch unmöglich als typisches Jahr anzusehen; ich erinnere nur an die Lahmlegung der Schiffahrt, und die daraus folgende Steigerung der Eisenbahneinnahmen.

Graf v. Mirbach

spricht nur für seine Person. Die beiden unmittelbaren Nachfolger Bismarcks waren auf dem Gebiet der auswärtigen Politik minderwertig. Die Behandlung der bosnischen Frage durch Bülow war ja geradezu ein Lichtblick in der nachbismarckischen Zeit. Die Angriffe des jetzigen Reichskanzlers gegen den Führer der konservativen Partei v. Heydebrand, in der deutsch-englischen Frage wären besser unterblieben. Solche Schärfen resultieren aus Aufgaben jeglichen persönlichen Verkehrs zwischen dem Kanzler und den Parteiführern. Aber sicher bietet die Persönlichkeit des jetzigen Kanzlers die Gewähr für eine ruhige und besonnene auswärtige Politik. Was die Wirtschaftspolitik anlangt, so ist es auffallend, daß die Landwirtschaft allein die Kosten der neuen Wehrvorlage durch die Reform der Branntweinsteuer übernehmen soll. Die jetzt vorgeschlagene Aenderung der Branntweinsteuer wäre unter dem Fürsten Bülow unmöglich gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir fordern eine gerechte, aber rücksichtslose Politik zur Zurückdrängung des Radikalismus. Die jüngsten Vorgänge im Abgeordnetenhause sind ja nur ein Symptom für die Folgen der so lange betriebenen Politik des Fortwurstelns. (Lebhafter Beifall rechts.)

Oberbürgermeister Wallrath-Köln:

Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe sollen nicht voneinander getrennt werden. (Zustimmung.) Also darin sind war ja einig. (Heiterkeit.) Die Lage der Gemeindefinanzen ist höchst unerfreulich. Dabei will die Regierung sogar die Anlage großer industrieller Unternehmungen in den Städten von der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten abhängig machen. Reich und Staat müssen sich Zurückhaltung auferlegen. Beim Aufsuchen neuer Steuerquellen sollte man die Gemeinden verschonen, da sonst die Selbstverwaltung unserer blühenden Gemeinden leidet (Beifall.)

Finanzminister Dr. Lentze:

Wir wünschen ein Blühen und Gedeihen der Städte, aber wir müssen auch pflichtmäßig darüber wachen, daß die Kommunalfinanzen keinen Schaden leiden, und deshalb einen etwas strengeren Maßstab für die Genehmigung von Anleihen anlegen, denn sonst würde die Anleihewirtschaft zu weit gehen.

Bankdirektor v. Gwinner:

Die Ausführungen des Grafen Mirbach dürfen nicht unwidersprochen bleiben. In bezug auf die Fühlungnahme ist seitens des Fürsten Bismarck eher zu wenig geschehen. Die jetzigen Minister sind doch durchaus zugänglich. Die Landwirtschaft gibt im allgemeinen eine sichere, wenn auch bescheidene Rente. Wenn jetzt infolge des Branntweinsteuergesetzes der Trinkbranntwein zurückgeht wird die Landwirtschaft nicht berührt werden. Die Hochkonjunktur scheint zu Ende zu gehen. An der Börse sind Symptome dafür vorhanden. Deshalb muß die Regierung durch eine starke Kasse, wie sie der Ausgleichfonds darstellt, den Geldmarkt in der Hand behalten. Darum ist es auch gut, daß die Seehandlung mehrere hundert Millionen in barem Gelde hält, um dahin wirken zu können, daß der Zinsfuß sich verbilligt. Der Kapitalbedarf des Staates muß durch kurzfristige Anleihen gedeckt werden.

Fürst Salm-Horstmar

ist über de Haltung der Regierung beim Bergarbeiterstreik und über die schnelle Justiz gegen die Streikenden befriedigt.

Herr v. Buch:

Wir sind gegen das Wirken des unpersönlichen Kapitals auf dem Lande. Der Landwirt hat die Pflicht, den ererbten Grund und Boden seinen Kindern gut zu überliefern. (Beifall rechts.) Er darf ihn nicht lediglich des Gelderwerbs wegen veräußern. Eine zu frühe Einberufung des Landtags würde nur die Verlängerung der Debatten zur Folge haben, und die könnten ruhig etwas kürzer sein. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Die Finanzpolitik des Ministers billige ich. Die preußische Regierung mußte die Beseitigung der Liebesgaben der Erbschaftssteuer vorziehen, und die Erbschaftssteuer halte ich nach wie vor für das größte Unglück. (Beifall rechts.)

Graf v. Mirbach:

Beim Fürsten Bismarck konnten die Mitarbeiter jeden Tag vorsprechen. Das schwebte mir vor.

Professor Dr. Wagner-Berlin:

Die Steuerzuschläge können wir nicht aufgeben. Das Veranlagungsverfahren ist zu verbessern. Auch die Steuersätze sind im Gegensatz zu anderen Staaten zu niedrig. Die Liebesgabe ist für schlechte Böden unentbehrlich. Die liberale Presse, die solange die Beseitigung der Liebesgabe forderte, dreht jetzt den Spieß um und spricht von einer Konsumsteuer. (Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Bender-Breslau

wendet sich gegen die scharfen Ausführungen des Grafen Mirbach, der dem Gegner nicht Gerechtigkeit widerfahren lasse.

Die allgemeine Aussprache schließt.

Sonnabend, 12 Uhr: Kleine Vorlagen und Fortsetzung von heute.

Schluß 5¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung, Freitag, 17. Mai, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Erhr. v. Schorlemer.

Präsident Frhr. v. Erffa eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der Abg. v. Baumbach (Konf.) heute plötzlich in der Budgetkommission einem Schlaganfall erlegen ist. Das Haus erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen.

Die Vorlage über die landwirtschaftliche Unfallversicherung.

Der Entwurf ist nur die Konsequenz der neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Er hält an den Grundsätzen der geltenden Ausführungsbestimmungen fest und behält die Verwaltung der Berufsgenossenschaften durch Organe der Selbstverwaltung bei.

Die Vorlage geht nach kurzen Ausführungen der Abgg. Dr. Schrader-Cassel (Natl.), Schmedding (Zentr.), Dr. Rewold (Freikonf.), Gyßling (Vp.) und Dr. Liebknecht (Soz.) an die Agrarkommission.

Das Besitzbefestigungsgesetz.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Stärkung des Deutschtums in einigen Landesteilen.

Die Budgetkommission fordert jährlich Rechenschaft über die Ausführung dieses Gesetzes. Ein Antrag Aronsohn (Vp.) verlangt eine Verstärkung des Grundkapitals der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen um 5 Millionen Mark. Die Budgetkommission schlägt vor, den Antrag in der Fassung anzunehmen, daß der Pfandbriefanstalt ein weiterer ausreichender Betrag gegen höchstens 3,75 Prozent Zinsen zur Verfügung gestellt werden.

Weiter steht zur Beratung die Ansiedlungsdenkschrift. Dazu forert ein Antrag Viereck (Freikonf.) eine weitere Denkschrift, in der festgestellt werden soll, in welchem Umfange Hausgrundstücke und gewerbliche Unternehmungen in der Ostmark mehr aus deutscher Hand in polnische Hand übergegangen sind als umgekehrt, und welche Abwehrmaßregeln die Regierung beabsichtigt.

Abg. Viereck (Freikonf.)

betont, daß das Deutschtum auf dem Lande in der Ostmark sich zweifelos nur durch die großzügige Aktion des Ansiedlungswerks habe halten können. Redner bezeichnet die Verdrängung der jüdischen Bevölkerung durch die polnische als bedauerlich. Dem Vordringen des Polentums werde besonders durch den Terror der polnischen Presse Vorschub geleistet. Ein Pole, der an Kaisers Geburtstag illuminiert, wird in den Zeitungen öffentlich gebrandmarkt. Man möge eine Kreditanstalt schaffen, die den Deutschen auch zweite Hypotheken gewährt. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Ich kann erklären, daß die Regierung nach wie vor alle für die Stärkung des Deutschtums im Osten notwendigen Mittel bewilligen wird.

Unterstaatssekretär Dr. Holtz

konstatiert, daß das deutsche Gewerbe in der Ostmark gegenüber dem polnischen infolge des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Polen im Rückgang begriffen sei. Was den Antrag Aronsohn auf Stärkung des Kreditwesens durch den Staat anlange, so halte es die Regierung für besser, wenn der Staat indirekt die Kreditgenossenschaft unterstütze. (Beifall.)

Abg. Winckler (Konf.):

Wir werden für das Gesetz stimmen, und freuen uns über seine schnelle Verabschiedung. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenschluß der Polen und Dänen zwingt uns zu unserem defensiven Vorgehen. Es handelt sich hier um einen Akt der Staatsnotwendigkeit. Die Nationalität der Polen und Dänen wollen wir nicht antasten, ebenso wenig ihre Religion. Mit der Ansiedlungstätigkeit sind wir einverstanden, aber die Domänen dürfen nicht zur Ansiedlung herangezogen werden. Die Regierung trägt nur den Verhältnissen Rechnung, wenn sie das Enteignungsgesetz jetzt anwenden will. Es ist die ultima ratie und wir sind damit einverstanden, daß das Gesetz zunächst beim Besitzwechsel angewandt wird. Man soll erst schonend vorgehen. Hoffentlich kommt wieder eine Zeit, wo sich Polen und Deutsche freundlicher gegenüberstehen werden. (Beifall.)

Abg. Graf Spee (Zentr.):

Das Ueberwiegen des polnischen Besitzes beweist, wie verkehrt die Ansiedlungspolitikist. Auch die Vorlegung des neuen Gesetzes ist ein Beweis für diese Verkehrtheit. Das vorliegende Gesetz wird zur weiteren Verschärfung der Gegensätze beitragen und deshalb lehnen wir es ab. Im Auslande schüttelt man den Kopf über die Art, wie man in Preußen das Deutschtum fördern will. Die ernstesten Bedenken haben wir nach wie vor gegen die Anwendung der Enteignung. (Beifall im Zentr.)

Abg. Glatzel (Natl.):

Das Zentrum macht nicht mit, es sollte uns aber helfen, dann wäre es besser. (Sehr gut! b. d. Natl.) Wir wollen nur die polnische Majorität verhindern, sonst gönnen wir den Polen alles Gute. (Lachen b. d. Polen.) Wir freuen uns, daß die Konservativen jetzt mit Entschiedenheit für die Enteignung eintreten. Diese ist tatsächlich beim Besitzwechsel eine sehr milde Form. Hoffentlich kommt das Parzellierungsgesetz recht bald. Dem Antrage Viereck werden wir zustimmen. Auch dem Antrag Aronsohn, weil wir daraus zu unserer Freude sehen, daß die Herren der Fortschrittspartei in der Praxis auch über die Polenpolitik anders denken können. (Beifall.)

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.):

In keiner Frage haben wir so recht behalten, wie in der Frage der Polenpolitik. Die Ansiedlungspolitik hat nichts genutzt, auch moralische Eroberungen versteht Preußen nicht zu machen. Das zeigt sich in Posen und Nordschleswig wie in Elsaß-Lothringen, und das würde auch nicht anders werden, wenn man die Reichslande zu einer preußischen Provinz macht. (Sehr richtig! links.) Die beste Kritik des Enteignungsgesetzes ist die, daß die Regierung bisher mit der Anwendung gezögert hat. (Zustimmung links und bei den Polen.) Ohne Ausnahmegesetze allein durch die Förderung der inneren Kolonisation sind Erfolge zu erzielen. Ein lebensfähiger Kleinbauernstand ist der beste Stützpunkt des Deutschtums. Man sollte die Restgüter fallen lassen und das Schulwesen in den Ostmarken verbesserns (Sehr richtig! links.) Die Hauptsache ist die Vermeidung unnötiger Schärfen. Die Provinz Posen braucht nach den langen Kampfjahren Jahre der Ruhe. (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Graf Spee hat mir erfreulicherweise in meinen Ansichten über das Radikalpolentum zugestimmt. Die Radikalpolen bekennen sich nicht als preußische Staatsbürger, und dagegen müssen wir vorgehen. Wir wollen nur die sogenannte Massierung der Polen verhindern. Die Ansiedlung soll nicht eingeschränkt werden. Durch die Enteignung beim Besitzwechsel wird uns immer genügend Areal zur Verfügung stehen. Wenn vorwiegend evangelische Deutsche angesiedelt werden, so beruht das nicht auf konfessioneller Voreingenommenheit gegen katholische Deutsche, sondern darauf, daß bei Katholiken durch die gleiche Religion leider oft eine Verwischung der nationalen Eigenart gegenüber den Polen eintritt. (Lebh. Hört! hört! rechts und bei den Natl., große Unruhe im Zentr.)

Auch bereitet uns die konfessionelle Spaltung der Schulen und Kirchen in den Ansiedlungen doppelte Kosten. (Zuruf im Zentr.: Sie sind doch selbst ein Katholik.) Ich habe mich nie geschämt, mich als Katholik zu bezeichnen, aber Staatsnotwendigkeiten werde ich niemals nach einseitig konfessionellen Gesichtspunkten beurteilen. (Andauernde Unruhe im Zentr.) Die vom Abg. Pachnicke betonte Bedeutung der inneren Kolonisation erkenne ich an, auch bin ich der Ueberzeugung, daß wir mit unserer Polenpolitik nicht rückwärts, sondern vorwärts kommen werden. (Lebhafter, wiederholter Beifall rechts, Zischen bei den Polen.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr, außerdem Sekundärbahnvorlage.

Schluß gegen 5 Uhr.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Ilmenau, Freitag, 17. Mai, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Der niedrige Druck bildet eine von Nordwesten nach Südosten sich erstreckende, im Südosten sich in mehrere Teiltiefs verbreiternde Furche, die gegen gestern über der Nordsee sich abgeflacht hat. Die Witterung bleibt kühl und wechselhaft.

Witterungsaussicht für den 18. Mai:

Mäßiger Wind, bewölkt, zeitweise aufklärend, kein oder geringer Regenfall, kühl.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

19. Mai: Wolkig mit Sonnenschein, warm, Gewitter.
20. Mai: Normal, vielfach heiter, kühler Wind.
21. Mai: Heiter bei Wolkenzug, kühler, windig.
22. Mai: Schön, heiter, kühler Wind.

Regenschauer.

(Originalbericht. Nachdr. verb.) Vom Brocken, 15. Mai.

Nachdem uns am Sonntag der Eisheilige Pankratius den wärmsten Tag beschert hat, der bisher in diesem Jahre auf dem Brocken vorgekommen ist, zeigte sich der dritte der Eisheiligen am Montag seines mehr im Mythos als in der Klimatologie begründeten Rufes schon erheblich würdiger. Die Temperatur stieg über 2 Grad nicht hinaus, und das meist wolkige Wetter wurde durch lebhafte westliche Winde recht unbehaglich gestaltet. Niederschläge fielen mit Ausnahme einiger Regentropfen nicht, so daß sich am Dienstag nur eine unmeßbare Regenmenge vorfand. 2 Grad Kälte waren in den Morgenstunden des 14., nachts lagerten Nebel über dem Brocken, der sich als vier Zentimeter starker Rauhreif an allen festen Gegenständen niederschlug. Im Laufe des Tages flaute der am Morgen noch recht frische Wind ab, zeitweise war fast völlige Windstille, und die Lufttemperatur stieg bis auf 10 Grad. Die Fernsicht war zwar am äußersten Horizont etwas durch Dunst getrübt; desto schöner aber war der Blick auf die nächste Umgebung, die Städte und Dörfer am Rande des Harzes. Abends war vollkommen wolkenloses Wetter, weil über Mitteleuropa noch immer ein Gebiet hohen Luftdruckes lagerte. Es schien, als sollte sich dieses Hochdruckgebiet noch längere Zeit halten, doch deutete das spät abends immer schneller fallende Barometer das Herannahen einer im Nordwesten lagernden barometrischen Depression und damit einer Wendung zu niederschlagreichem Wetter an. In der Tat fiel dann in der Nacht zum Mittwoch etwas Regen, die Messung vom 15. ergab 0.6 Millimeter. Im Laufe des Vormittags fielen noch einige Regenschauer. Die von diesen herstammenden Wassermengen verdampften bei den hohen Temperaturen in den Tälern sehr schnell und füllten die Täler rings um den Brockengipfel mit wallenden Nebelmassen an, deren oberste Köpfe bis zum Brockenplateau reichten, dieses selbst aber frei ließen. Der Aufenthalt auf dem Gipfel ist trotz der vereinzelten Regenfälle infolge der hohen Temperatur von 9 Grad und der geringen Windgeschwindigkeiten ganz angenehm, und es macht sich schon eine Steigerung des Fremdenverkehrs bemerkbar.

In der nächsten Zeit dürfte noch meist wolkiges Wetter mit strichweisem Regen vorherrschen.

Luftschiffahrt.

Abgestürzt. Der Aviatiker Prodan, welcher am Himmelfahrtstage einen Flug von Fiume nach Abazzia unternehmen wollte, ist infolge Zylinderbruches in der Nähe von Lovrana ins Meer gestürzt. Einem Torpedoboot gelang es, den Flieger zu retten. Der Aeroplan ist in den Wellen verschwunden.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120518019/fragment/page=0004